

# Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmarke.  
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt).  
Fernsprecher Nr. 17. — Postkassentonto: Berlin Nr. 345 40.  
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebels.  
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die schlagzeilige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreizehnpaltige Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.  
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt).  
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.  
Sonntags: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 82

Sonnabend, den 10. Juli

1926

## Frankreichs finanzielle Zerrüttung.

Paris. Die entscheidende Kammer Sitzung wurde vor einem zahlreich erschienenen Publikum eröffnet. Die Rede Caillaux wurde mit größtem Stillhörsigen angehört und nur von den sozialistischen Vätern her, als der Redner auf die Steuern zu sprechen kam, unterbrochen.

Der Redner begann mit der Feststellung, daß die Regierung dem Sachverständigenbericht zuzustimmen die Absicht habe, sie sei jedoch nicht gewillt, den Sachverständigenplan mit geschlossenen Augen ungeprüft anzunehmen. Caillaux wandte sich dann gegen gewisse Steuern und Vorschläge der Sachverständigen, denen er nicht glauben zu können. Zur Entlastung der Verpflichtungen des Schatzamtes müsse, so erklärte Caillaux, zu einer Anleihe die Zuflucht genommen werden. Zur Deckung der sonstigen neuen Ausgaben müßten

### neue Steuern

aufgelegt werden. Die Regierung werde bei der Auflegung neuer Steuern vier Hauptgesichtspunkte berücksichtigen müssen:

1. Die notwendigen neuen Steuern betragen eine Milliarde für die Beamten, 500 Millionen für Bonds der nationalen Verteidigung, 500 Millionen für Rückertattung an die Bank, ebensoviel für die Amortisierung;
2. müsse ein enger Zusammenhang zwischen den Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung der Preishäufung geschaffen werden;
3. gelte es, übermäßige Sätze gewisser Steuern zu reduzieren (Befall) und
4. müsse eine Vereinfachung des gegenwärtigen Steuersystems herbeigeführt werden.

Ueber die Lage des Schatzamtes machte Caillaux folgende Angaben:

Die langfristige Schuld beträgt 154 Milliarden, die kurzfristige Schuld 40 Milliarden, die schwappende Schuld 92 Milliarden, insgesamt also 286 Milliarden Francs. Mit der Ausgabe für die befreiten Gebiete erreiche die innere Schuld eine Höhe von 300 Milliarden Francs.

Die Lage des Schatzamtes sei besonders durch die zahlreichen kurzfristigen Verpflichtungen erschwert. Es beständen zwei Lösungsmöglichkeiten, und zwar entweder eine erzwungene Konsolidierung der Rückertattung. Die Vorschläge der Bank von Frankreich an den Staat hätten die Maximalgrenze erreicht.

Das Schatzamt verfüge nur noch über ein Konto von 500 Millionen.

Ohne den teilweisen Verkauf der Morgan-Anleihe wären die Vorschläge um über eine Milliarde überschritten. (Bewegung.) Die ausmätige Handelschuld beträgt, so führt Caillaux fort, insgesamt 18 945 Millionen, für die jährlich 4 Milliarden Zinsen gezahlt werden. Frankreich ist außerstande, die Zinsen weiter zu zahlen, wenn das Pfund Sterling weiter steigt oder wenn es keinen Kredit im Ausland erhält.

## Die Abrüstungskonferenz unter Frankreichs Einfluß.

Das Arbeitsergebnis der Unterkommission A der vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

Genf. Die Unterkommission A der vorbereitenden Abrüstungskommission für Heeres-, Flotten- und Luftfragen in Genf hat ihre Arbeiten beendet und sich auf den 2. August verlagert.

Die deutsche Delegation hat fast zu allen Punkten Vorbehalte vorgebracht, da sie sich mit der Behandlung der meisten Fragen nicht einverstanden erklären konnte. Genau genommen ist es ein Unbünd, derartige schwerwiegende Probleme durch Stimmenmehrheit, wie es im Väterbund allgemein üblich ist, entscheiden zu lassen, sobald die Stimme eines Sechsmillionenstaates ebenso schwer ins Gewicht fällt wie die Stimme einer Großmacht allerersten Ranges. Aber nicht nur Deutschland ist fortwährend überstimmt worden, sondern auch England und den Vereinigten Staaten wurde dieses Schicksal häufig, vor allem in den Flottenfragen, zuteil, in denen es Frankreich und Italien gelang, mit ihren kontinentalen Erbanntenstaaten gegen die ersten Seemächte der Welt wichtige Beschlüsse durchzusetzen.

Wobausum ist weiterhin, daß eine Reihe von Entscheidungen gefällt wurden, die dem Washingtoner Flottenabkommen direkt widersprechen und es somit Frankreich und Italien gelangen ist, die ersten Schritte zur Lösung ihrer in Washington eingegangenen Verpflichtungen zu tun.

Wichtig erscheint es weiterhin, daß es Frankreich gelungen ist, überall dort seinen Standpunkt durchzusetzen, wo es sich um eine Schwächung der deutschen Position und eine Stärkung der französischen handelt. Wir nennen vor allem die Frage, ob die Heeres- und das gelagerte Kriegsmaterial als Vergleichskriterien zur Bewertung seien. Da ein Heranziehen von Heeres- und gelagertem Material Frankreichs Position schwächen und Deutschlands stärken würde, so setzte Frankreich die Ablehnung dieser Vergleichskriterien durch. Denn Deutschland besitzt weder das eine, noch das andere und würde deshalb bei einem derartigen Vergleich gut abschnitten.

Zum Schluß sei noch die interessante Tatsache erwähnt, daß die entmilitarisierten Zonen als Kriegsfaktor auf französische Anregung abgelehnt wurden, ebenso die weiteren deutschen Vorschläge, die sich mit der Ausbildung der Jugend, den Befestigungsanlagen und den vorhandenen Fabrikanlagen für die Herstellung von Kriegsmaterial befassen.

## Unwetterkatastrophe in Sachfen.

4 Dresden. Eine fürchterliche Unwetterkatastrophe, wie seit 1870 nicht wieder zu verzeichnen gewesen ist, suchte die Gegend von Bischofswerda heim.

Nach großer Hitze gingen in der Umgegend heftige Gewitter nieder, die Wolkenbrüche und Schloffenfall mit sich brachten. In Gärten, Straßen und Häusern wurde unübersehbarer Schaden angerichtet. Am schwersten wurde der Ort Bursau heimgejagt. Hier trafen drei Gewitter zusammen, die sich in geradezu fürchterlicher Weise ausstoben und die Bewohner in Angst und Schrecken versetzten. Auf die umliegenden Berge ging

### über eine Stunde lang ein Wolkenbruch

nieder. Mit elementarer Gewalt schossen die Wassermassen die Berge herab, ergossen sich ins Dorf und rissen alles mit sich fort. Viel Kleinvieh ist in den Fluten umgekommen. Der Ort bietet ein schreckliches Bild der Verwüstung.

In Demitz-Schumitz kamen die Fluten in den Bahngleisen der Strecke Görlitz-Dresden angewälzt und ergossen sich in die Bahnhofsanlagen, die unter Wasser gesetzt wurden. Auch weiterhin nach Bausen stehen die Kartoffelfelder unter Wasser. Bei Spitzwitz ist das Schwarzwasser aus den Wätern getreten.

## Neue Schwindelgeschäfte Kuttisters.

Die „Russengeschäfte“ des „haftunfähigen“ Betrügers.

© Berlin. Noch während des Kuttister-Prozesses hatte Kuttister nach dem Zusammenbruch seines Konzerns eine neue Firma „Kuttister und Söhne G. m. b. H.“ gegründet, die sich mit der Vermittlung von russischen Aufträgen für die heimische Industrie beschäftigen sollte. Der Sitz dieses Unternehmens des ehemaligen Generaldirektors der Steinhart war seine Privatwohnung, wo sich auch das Büro einer im März gegründeten „Verkaufsorganisation deutscher Industriewerte A. G.“ (Voblag) befand.

Auch die Voblag war nichts anderes als eine Scheingründung, hinter der sich in Wirklichkeit Zwan Kuttister verbarg und die genau so wie die unter jenem Namen gehende Firma Russengeschäfte tätigen sollte. Zur gleichen Zeit, als der Prozeß gegen seine Geschäfte mit der Preußischen Staatsbank stattfand, führte der angeblich haftunfähige Kuttister mit großer Rührigkeit die Geschäfte dieser beiden Firmen.

### Die „Russengeschäfte“

bes nachrevolutionären Ehrenmannes Kuttister etimmern stark an seinen Verkehr mit der Preussischen Staatsbank. Kuttister behauptete, über gute Beziehungen zu der Sowjetregierung zu verfügen, die es ihm ermöglichen, die Lieferungen unter Umgehung der Russischen Handelsvertretung in Berlin zu vermitteln. Er bedingte sich sehr hohe Provisionen von den mit ihm in Verhandlung stehenden Firmen aus. Dem Abgesandten einer deutschen Industrieversammlung stellte er bei der Unterbrechung sogar einen „russischen Volkstommisär“ vor, der in Wirklichkeit einer seiner Angehörigen war. Die Russische Handelsvertretung in Berlin warnte nimmer vor diesen seltsamen Geschäftsgeschäften Kuttisters.

Es ist unverständlich, daß sich überhaupt noch deutsche Firmen mit diesem raffinierten Betrüger Kuttister anlassen. Es ist außerdem unverständlich, wie es möglich ist, daß betrügerische ausländische Kaufleute trotz eines eingeleiteten Prozesses gegen sie in Deutschland Geschäfte tätigen dürfen. Die Berliner Staatsanwaltschaft wird ein neues Betrugsverfahren gegen Kuttister und mehrere seiner Angestellten angängig machen.

## Der Landtag geht in Ferien.

201. Sitzung, Donnerstag, den 8. Juli 1926.

Das Haus verabschiedet zunächst ohne Debatte eine Reihe kleiner Vorlagen, durch die weitere Staatsmittel bereitgestellt werden zum Bau eines Deiches in der Leybucht im Regierungsbezirk Aurich, zur Begräbnung der Außenlinie im Regierungsbezirk Schleswig, für Bandengewinnungsarbeiten an der Nordseeküste in den Regierungsbezirken Schleswig und Aurich, zur beschleunigten Kultivierung privater Felder- und Moorlandereien durch den Staat sowie zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenvorwerken und anderen domänenfiskalischen Grundstücken.

Bei der Vorlage, die mehr als

9 Millionen für den Ausbau des Stettiner Hafens fordert, verlangt Abg. Stolt (Komm.), daß die bei den Hafenarbeiten in Stettin verwendeten Erwerbslosen die tariflichen Löhne erhalten, und daß nur Stettiner Arbeiter zu den Bauten herangezogen werden. Im übrigen stimme seine Fraktion der Vorlage zu. Abg. Frau Rodd (Dmitl.) erinnert daran, daß der Staat, der mit der Stadt Stettin die Hafenbetriebsgemeinschaft bildet, nicht die an dieses Kompagniegeschäft gemäßigten Hoffnungen erfüllt habe. — Abg. Weder-Stettin (Soz.) schließt sich den Ausführungen der Redner an. — Abg. Mehenhain (Sp.) betont, daß das Eintreten für Stettin besonders deshalb erforderlich sei, weil Danzig durch die billigen polnischen Eisenbahntarife bisher bevorzugt war. — Die Abgg. Frhr. v. Wangenheim (Wirtsch. Vereinig.) und Meinde (Dem.) stimmen der Vorlage zu.

Die Vorlage wird mit großer Mehrheit verabschiedet. Annahme findet auch der Aufschubvertrag, der für das nächste Etatjahr neue Staatsmittel zum Ausbau des Stettiner Hafens fordert und verlangt, daß Stettin nicht schlechter gestellt wird als Hamburg.

Der Antrag des Grafen von Gärner (Dmitl.) zur Vinderung der ersten Not der durch Hochwasser Geschädigten im Hirschberger Tal wurde darauf beraten. Der Antrag wurde mit Rücksicht auf die bereits gefassten Beschlüsse für Hochwasserentschädigungen für erledigt erklärt, in der Erwartung, daß sofort eine ausreichende Staatsbeihilfe auch in diesem Falle eintrete. Es folgten Anträge zur Vinderung der Not der Erwerbslosen.

Gegen 2 Uhr konnte der Präsident Bartels die Erledigung der Tagesordnung feststellen und die Abgeordneten mit den besten Wünschen für gute Erholung in die Sommerferien entlassen.

Die nächste Sitzung wurde auf Dienstag, den 21. September, angelegt. Sitzungsbeginn und Tagesordnung werden vom Präsidenten selbständig angeordnet werden.

## Auch der sächsische Landtag ist in die Ferien gegangen.

Dresden. Der sächsische Landtag verabschiedete in seiner letzten Sitzung vor den Ferien den Haushaltsplan und nahm das Finanzgesetz gegen die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten an. Der Landtag wird am 5. Oktober wieder zusammentreten und sich dann nach kurzer Tagung auflösen.

## Die Neuwahl der mecklenburgisch-schwerinischen Regierung.

Schwerin. Im mecklenburgisch-schwerinischen Landtag wurde die neue Regierung gewählt. Wie nach dem Ausfall der Wahlen von 6. Juni zu erwarten war, ist eine ausgesprochene Linkregierung in den Sattel gehoben worden. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten entfielen auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Schröder 25 von 49 Stimmen. Er wurde also mit einer Stimme Mehrheit gewählt.

Eine sehr lange Lebensdauer darf der neuen Linkregierung angesichts der geringen Stimmenmehrheit nicht vorausgesetzt werden. Wenn man bedenkt, daß diese geringe Mehrheit für die Regierung nur zustande kam, weil die Kommunisten ihre Stimme für die neuen Minister abgaben, so darf die Regierung die von der äußersten Linken sich ergebenden Gefahren nicht unterschätzen.

## Großer Schaden durch eine Windhose.

Weimar. Durch eine Windhose, die mit Wolkenbrüchen verbunden war, sind in dem landwirtschaftlichen Schloßheim in Thüringen 14 kleinere Häuser vernichtet worden. Mehrere Gebäudeschäden sind auch in den Nachbarorten zu verzeichnen. In Holzfallleben erlitten ein Mann. Auf der Domäne Osterkärner sind 400 Schafe erfassen.

Die thüringische Regierung ist an Ort und Stelle. Auch in Unterneubrunn bei Cölbe, Südthüringen, gingen schwere Gewitter nieder, wobei zwei Menschen ertranken.

Erörterung des Locarnovertrages auf der britischen Reichskongress. Im englischen Oberhaus beschäftigte Lord Clarendon im Namen der Regierung auf eine Anfrage, daß auf der bevorstehenden britischen Reichskongress der Locarnovertrag eingehend erörtert werden wird.